

«Gastgewerbe müsste in der Schweiz suchen»

FDP-Präsident Philipp Müller lanciert einen neuen Vorschlag in der Debatte über die Zuwanderungsinitiative. Er will Branchen, in denen Fachkräftemangel herrscht, vom Inländervorrang befreien. Zudem fordert er strengere Regeln für den Bezug von Sozialhilfe

NZZ am Sonntag: Man hört viele Ideen zur Umsetzung der Einwanderungsinitiative, von der FDP kommt nichts. Sind Sie ratlos?

Philipp Müller: Im Gegenteil. Bereits am Abstimmungsantrag haben wir auf verschiedene Fakten und Möglichkeiten hingewiesen. Von den über 15 000 Menschen, die im Jahr 2013 in die Schweiz eingewandert sind, kamen nur rund die Hälfte als Erwerbstätige. Bei den Nichterwerbstätigen kann und muss man ansetzen.

Was heisst das konkret?

Der Familiennachzugsanteil bei Einwanderern aus Drittstaaten liegt bei über 50 Prozent. Hier muss überlegt werden, ob eine Wartefrist von beinahe ein Jahr eingeführt werden soll, während deren jemand, der seine Familie in die Schweiz holt, keine Sozialhilfe erhalten darf. Im Asylbereich braucht es schnellere Verfahren und einen verstärkten Vollzug. Das bringt ebenfalls eine Entlastung. Auch im Freizügigkeitsabkommen gibt es Möglichkeiten im Vollzug, die wir schon 2009 aufgezeigt haben.

Und wie soll der im Initiativtext geforderte Inländervorrang umgesetzt werden?

Den Nachweis des Inländervorrangs können beispielsweise die Behörden für einzelne Branchen als Ganzes erbringen. Konkret: Zum Beispiel das Staatssekretariat für Wirtschaft stellt fest, dass in der Branche X eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und Arbeitnehmern deshalb zuerst und nachweislich in der Schweiz gesucht werden müssen. Für die Branche Y hingegen wird ein Fachkräftemangel diagnostiziert. Folglich könnte in dieser Branche auf den einzelfallweisen Inländervorrang verzichtet werden. Mit einem solchen System hätte man eine viel kleinere Bürokratie als mit dem Einzelnachweis für Zehntausende von Arbeitskräften.

Welche Branchen würden in einem solchen Modell nachweisen müssen, dass sich in der

Schweiz keine geeigneten Arbeitnehmer finden lassen?

Im Gastgewerbe zum Beispiel haben wir heute hohe Arbeitslosenzahlen und gleichzeitig eine der höchsten Einwanderungsraten. Bevor eine Bewilligung für eine ausländische Arbeitskraft eingeholt werden kann, müsste das Gastgewerbe also in der Schweiz auf die Suche gehen.

Sollen die EU-Bürger gegenüber Drittstaatenangehörigen bevorzugt werden?

Natürlich, das müssen wir, wenn wir nach Möglichkeit die bilateralen Verträge erhalten wollen. Ausserdem würde dieses Modell keine zusätzliche Bürokratie verursachen: Bei den ohnehin heute schon kontingentierten Erwerbstätigen aus Drittstaaten könnten wir alles beim Status quo belassen. Und für EU-Bürger brauchen wir auch weiterhin keine Kontrollen der Arbeitsverträge, sondern es genügt wie bis anhin das Meldeverfahren.

Damit sind aber noch nicht alle Kategorien von Ausländern kontingentiert. Was könnte man bei den Grenzgängern unternehmen? Die Grenzgänger müssen neu auch kontingentiert werden, das ist klar. Aber beispielsweise im Tessin geht es diesbezüglich vor allem um ein Steuerproblem. Dort zahlen Grenzgänger nur rund zehn Prozent der Steuern, die sie in Italien oder in der Schweiz zahlen würden. Das kommt einer Subvention gleich, diesen Widerspruch müssen wir endlich stoppen.

Es bleiben die Asylbewerber, auch diese fallen neu unter Kontingente.

Das ist der schwierigste Bereich, denn das zwingende Völkerrecht darf nicht verletzt werden. Die Schweiz kann hier also nur bedingt steuern. Die Kontingente mit dem Asylbereich könnten aber jeweils pro Quartal festgelegt werden, damit kein Konflikt mit dem zwingenden Völkerrecht entsteht.



•Donnerstag aus Brüssel ist vor allem innenpolitisch motiviert: FDP-Präsident Müller. (Bundeshaus, 21. 2. 2014)

Philipp Müller

Der Bauunternehmer und gelernte Glaser ist seit 2003 Nationalrat. Seit 2012 ist er zudem FDP-Präsident. Müller, Jahrgang 1952, lebt in Reinach (AG), hat drei Töchter und ist geschieden.

Zudem müssen wir bei den vielen vorläufig aufgenommenen ansetzen. Im Gesetz steht, diese dürfen zurückgeschickt werden, wenn der Grund für die vorläufige Aufnahme wegfällt. Dies muss künftig auch geschehen.

Wie viele Ausländer kommen gemäss Ihrem Vorschlag künftig in die Schweiz? Mehr oder weniger als heute?

Das kann ich nicht sagen. Die Kontingenzahlen müssen jährlich festgelegt werden. Das soll aber der Bundesrat in einer Verordnung tun. Das Parlament ist nicht in der Lage, jeweils im Herbst eine Debatte über einzelne Kontingente zu führen. Das wäre ein Basar, als würden die Räte über den Wechselkurs des Frankens diskutieren. Käme dazu, dass im Gesetz festgeschriebene Kontingenzahlen noch dem Referendum unterstellt wären. Unmöglich.

Warum sollte sich die EU auf eine solche Lösung einlassen?

Kontingente verstossen gegen die aktuelle Personenfreizügigkeit. Aber wir müssen

versuchen, die wirtschaftlich negativen Konsequenzen so gering wie möglich zu halten. Im Übrigen ist das momentane Donnerstags aus Brüssel vor allem innenpolitisch motiviert. Warten wir die Europa-Wahlen ab, dann wird sich alles etwas beruhigen haben. Nachzudenken ist aber auch über eine Paketlösung. Dazu müssten die verschiedenen offenen Dossiers auf den Tisch kommen. Darin wären auch die institutionellen Fragen enthalten, und am Schluss könnte das Volk über ein Gesamtpaket abstimmen.

Auch aus Ihrer Partei wurde der Ruf laut, mit den Kontingenten seien die flankierenden Massnahmen für den Arbeitsmarkt hinfällig. Greift die FDP nun den Lohnschutz an?

Nein. Wer sagt, jetzt brauche es keine flankierenden Massnahmen mehr, der hat das System nicht verstanden. Diese Massnahmen braucht es weiterhin für die Entsendten als 90 Tage in der Schweiz arbeiten. Zudem auch für kontingentierte EU-Arbeitskräfte, wenn wir beim bisherigen Meldever-



Wer sagt, jetzt brauche es die flankierenden Massnahmen nicht mehr, der hat offenbar unser System noch nicht verstanden.

fahren bleiben. Solange das so bleibt, müssen wir darauf achten, dass diese Leute unser Lohnniveau nicht unterbieten. Wir stehen zu den bestehenden flankierenden Massnahmen, aber wir wollen keinen weiteren Ausbau. Also vor allem auch keine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen.

Die SVP will das abgeschaffte Saisonierstatut wieder einführen. Was halten Sie von dieser Idee?

Nicht viel. Ich habe dieses Statut als Gipser noch selber auf dem Bau erlebt, es wurde immer umgangen. Wir wehren uns generell dagegen, neue Ausländerkategorien einzuführen. Das verlangt die Initiative der SVP auch gar nicht.

Interview: Daniel Friedli, Sarah Nowotny